

„Niemand ist der König von Preußen von seinem Volke so verehrt worden, als seitdem er der anarchischen Partei der Nationalversammlung die Spitze geboten, und dieselbe durch eine Constitution zu Boden geschmettert hat, welche von allen Constitutionen die liberalste ist.“

Der Erzbischof von Paris hat in einem Schreiben an seinen Clerus den Wunsch ausgesprochen, daß am Festtage Epiphaniäs in allen Kirchen seines Sprengels eine Collecte, um einen Fonds für den Gebrauch des Papstes aufzubringen, abgehalten und zu gleichem Zwecke in allen Pfarren eine Subscription eröffnet werde. Der Prälat zeigt auch die Bildung eines Centralcomité's an, welches den Ertrag der Collecten und Subscriptionen entgegennehmen und befördern werde. Zum Schlusse fügt er bei, daß die Bischöfe von Langres, Orleans und Quimper seinen Plan vollkommen gebilligt hätten.

Paris, 1. Januar. Was vorhin erwähnt worden ist über den Wechsel der Personen im Ministerium und über die Uneinigkeit des Ministeriums mit dem Präsidenten Louis Napoleon bestätigt sich heute noch mehr. Der Letztere beginnt schon den Kaiser zu spielen, und der ehemalige Minister Thiers, welcher bisher als rechte Hand Napoleons dessen Schritte geleitet hat, zerfällt schon mit ihm.

Lyon, 28. Dec. Es bilden sich hier und in der Umgegend Clubs, welche die entschiedene Tendenz des Monarchismus oder vielmehr des Kaiserthums zu verfechten gesonnen sind. Die Anhänger der älteren Bourbons in ihren Hoffnungen vor der Hand getäuscht, da der Präsident der Republik wider ihr Erwarten den Eid für Aufrechterhaltung der Constitution geleistet, streben nun dahin, daß die republicanishe Regierungsform so bald als möglich zu Grabe getragen werde. Sie sind in dieser Beziehung von der Geistlichkeit unterstützt und werden von ehrgeizigen Militärs aufgemuntert. Die socialistisch-demokratische Partei erkennt ihre momentane Unmacht und zählt ebenfalls mit Sicherheit darauf, daß der Weg zur rothen Republik über kaiserliche Trümmer führen müsse. Die verschiedenartigsten Elemente reichen sich also, wie bei der Präsidenten-Wahl, die Hände, um einen gewaltigen Umsturz vorzubereiten. Handelt die Regierung aufrichtig und besonnen, so kann sie all diese Pläne unschädlich machen; allein das einzige Mittel hiefür wäre, sich der Verfassung und der Republik mit Redlichkeit anzuschließen. Es ist möglich, daß Ludwig Bonaparte von dem besten Willen befeelt ist, — die Ober-Befehlshaber der pariser und lyoner Besatzung, sowie des Alpen-Heeres sind es aber durchaus nicht. Noch ist zwar keine eigentliche Kriegs-Partei unter den Staatsmännern vorhanden, welche an der Spitze der Verwaltung stehen, aber desto stärker ist dieselbe unter dem Militär und dessen Anführern vertreten. Es könnten daher jedenfalls Umstände sich einstellen, welche den guten Willen des Präsidenten der Republik, so wie seiner Minister überwältigen würden. An den Namen Napoleon knüpfen sich einmal die Worte Krieg und Eroberung. Das Landvolk ist davon so durchdrungen, daß man zwischen hier und Marseille, zwischen Dijon und Chalons gar nicht anders weiß, als daß im nächsten Frühlinge unsere Armeen ausgesandt werden, um sich Lorbeern a la Napoleon zu holen. In den meisten Dörfern erhalten seit vierzehn Tagen die neugeborenen Kinder den Namen „Louis Napoleon“. In einer nahe gelegenen, sehr bevölkerten Gemeinde kamen vom 10. — 23. d. M. vierzehn Knaben zur Welt, und zwölf davon taufte man mit dem Namen „Napoleon“. Einige Divisionen der Alpen-Armee haben Befehl erhalten, für einen Abmarsch nach Marseille bereit zu sein. Marschall Bugeaud wird am 3. Januar dahier erwartet. K. 3.

Statuten

des constitutionell-monarch. Bürgervereins zu Paderborn.

Abchnitt I.

Allgemeiner Grund und Zweck des Vereins.

Die Gefahren, welche den Bestand alles Rechts und aller Ordnung bedroheten, haben die äußere Veranlassung abgegeben zu der am 23. Novbr. 1848 erfolgten Gründung des hiesigen Constitutionell-monarchischen Bürgervereins.

Der innere Grund zur Errichtung des Vereins ist das Verlangen: auf gesetzlichem Wege mitzuwirken zur Ausbildung der am 5. Decb. 1848 verkündeten Verfassung; mitzuwirken, daß für Gewerbe und Handl., Arbeiterstand und Landwirthschaft die erforderlichen gesellschaftlichen Verbesserungen gemacht werden, und in das Leben treten; endlich: mitzuwirken zum Aufbau eines einigen freien Deutschlands, unter dem Schutze einer verfassungsmäßigen monarchischen Gewalt.

Die Bestrebungen des Bürgervereins sollen im Allgemeinen

1. aller Reaction, von welcher Seite sie kommen möge entgegenzutreten, und die Freiheiten der constitutionellen Monarchie, wie gegen jene, so auch wider alle Anarchie sichern.
2. Bei diesen Bestrebungen sollen zur Erhaltung eines einträchtigen Wirkens alle confessionsellen Fragen fern gehalten werden.

Abchnitt II.

Besondere Zwecke des Bürgervereins.

Art. 1. Die im März 1848 erfolgte Revolution wird als geschlossen angesehen. Als Errungenschaften gelten zur weitem rechtlichen Fortbildung die in der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 enthaltenen, und nach Maßgabe derselben und des königl. Patents vom selben Tage im Wege der Revolution zu vervollständigenden Volkrechte, nicht minder die in dem königlichen Worte „an mein Volk und an die deutsche Nation vom 21. März 1848 zugesicherte wahrhaft volksthümlich freisinnige Verwaltung.“

Art. 2. Der Bürgerverein bekennt sich zu folgendem Grundsatz:

Alle Fortbildung der constitutionellen Monarchie geschieht für das allgemeine Beste des Volkes, und unter der geseglichen Mitwirkung des Volkes.

Art. 3. Singelfassen des Volkes oder örtliche Mehrheiten bilden in dieser Beziehung nicht das Volk. Nur die geseglich erwählten Vertreter üben die geseglichen Rechte des Volkes aus.

Art. 4. In der Verwaltung, in den Gesetzen, in der Rechtspflege und Besteuerung wird eine Einigung und Gleichstellung aller Provinzen des Preussischen Staates erstrebt.

Art. 5. Der Bürgerverein erstrebt:

eine freisinnige, auf die Erhaltung der selbstständigen auch kleineren bürgerlichen Geschäfte abzielende Gewerbe-Ordnung;
eine volksthümliche Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassung und Verwaltung;

eine gerechte nach der Leistungsfähigkeit berechnete Vertheilung der Steuern;

eine Gerichtsverfassung, welche den Bürgern den Zutritt zu ihrem Richter erleichtert, den Geschäftsgang vereinfacht, und die rechtspredende Behörde von dem gerichtlichen Verwaltungsgeschäft abgesondert hält;
eine gänzliche Revision und Umänderungen der bestehenden Gesetzbücher nach den Anforderungen der neuen volksthümlichen Zustände;

Freiheit aller Verkehrsbewegung;

eine schützende Leitung der Auswanderung.

Art. 6. Der Bürgerverein erstrebt für das ganze deutsche Vaterland die thunlichste Einigung aller Stämme Deutschlands zu einem Bundesstaate und eine kräftige verfassungsmäßige Obergewalt. —

Die Unterordnung unter die Central-Gewalt und die Reichs-Versammlung wird anerkannt, so weit die Krone Preußen dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Abchnitt III.

Nebenzwecke des Vereins.

Der Verein wird auch die socialen Fragen in den Kreis seiner Beratungen ziehen, und soweit seine Mittel reichen, für deren glückliche Lösung wirken.

Abchnitt IV.

Mitgliedschaft.

Art. 1. Kein Mitglied eines andern politischen hiesigen Vereins, der diesen Statuten entgegengesetzte Tendenzen verfolgt, kann Mitglied dieses Bürgervereins sein.

Art. 2. Jeder unbescholtene zwanzigjährige Mann kann diesem Verein beitreten. Zu dem Behufe meldet er sich bei dem Vorsitzenden, welcher die Anmeldung der nächsten Versammlung mitzutheilen hat. Wenn 20 Mitglieder vor oder in der darauf folgenden Versammlung Abstimmung verlangen, so erfolgt dieselbe durch Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen. Erfolgt kein Einwand, oder ergibt sich für einen solchen keine Mehrheit, so ist der Angemeldete Mitglied des Vereins.

Art. 3. Jedes neu eintretende Mitglied muß sich zu den in diesem Statute Abschnitt I. und II. Art. 1 bis 4 und 6 aufgestellten Grundsätzen bekennen, und zum bindenden Zeichen der Anerkennung das Statut unterschreiben, oder eine darüber lautende Verhandlung vollziehen.

Art. 4. Der freiwillige Austritt erfolgt durch Abmeldung beim Vorstände.

Art. 5. Wenn 20 Mitglieder des Bürgervereins auf die Ausschließung eines Mitgliedes beim Vorstände antragen, muß derselbe das Letztere über das Vorgebrachte hören, und auf Widerspruch desselben den ausdrücklich dazu berufenen Bürgerverein über die Ausschließung bestimmen lassen. Nur zwei Drittel der anwesenden Stimmen bilden die Mehrheit.

Art. 6. Jedes Mitglied des Bürgervereins zahlt vierteljährig prae-numerando zur Vereins-Kasse einen festen Beitrag von 5 Sgr. Die Mehrbedürfnisse werden durch freiwillige Beiträge gedeckt.

Art. 7. Es findet unbedingte Oeffentlichkeit statt, soweit es der dazu abgeforderte Raum zuläßt. Leute unter 17 Jahren sind ausgeschlossen. Auf den Antrag eines Mitgliedes, und wenn die Mehrheit der Versammlung es beschließt, muß die Entfernung der Zuhörer geschehen.

Abchnitt V.

Vorstand des Bürgervereins und Geschäftsgang.

Art. 1. Die innere Ordnung des Vereins, seine Versammlungen und Beratungen, und seine Vertretung nach außen, auch bei Verträgen wird gehandhabt durch einen Vorstand.

Art. 2. Der Vorstand besteht;

- a. aus einem Vorsitzenden,
- b. aus drei Stellvertretern desselben,
- c. aus zwei Schriftführern und
- d. einem Rentanten.

Art. 3. Die Beamten zu a — b. werden allmonatlich in der ersten ordentlichen Versammlung gewählt.

Art. 4. Die Beamten zu c. ebenmäßig allvierteljährlich.

Art. 5. Der Rentant wird ebenmäßig auf ein Jahr gewählt.

Art. 6. Abtretende Beamte können zwar sofort wieder gewählt werden, jedoch ohne Zwang in solchem Fall die Neuwahl wieder anzunehmen.

Art. 7. Ueber die Zahl und Zeit der ordentlichen Versammlungen bestimmt der Verein.

Art. 8. Der Vorstand kann nach eigenem Ermessen, und muß auf Antrag von 20 Mitgliedern eine außerordentliche Versammlung berufen.

Art. 9. Der Vorstand bestimmt die Tagesordnung.

Der Vorsitzende leitet die Versammlung, und ist auch zu kurzzei-